

GENTECHNISCH VERÄNDERTER MAIS NICHT ABGELEHNT - BN KRITISIERT VERRAT AN VERBRAUCHERSCHUTZ UND KOALITIONSVERTRAG

Die heutige Enthaltung Deutschlands beim Ministerrat in Brüssel bei dem zur Anbauzulassung beantragten gentechnisch veränderten Mais 1507 der Firma Pioneer wertet der Bund Naturschutz als klaren Verstoß gegen den Koalitionsvertrag. „Die Bundesregierung verstößt mit ihrer Enthaltung gegen ihre Vereinbarung im Koalitionsvertrag, die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen“, so Richard Mergner, BN Landesbeauftragter, und weiter: „Weder Ministerpräsident Horst Seehofer noch SPD Vizekanzler Gabriel konnten sich gegen das Veto von Kanzlerin Angela Merkel durchsetzen, die vor den Forderungen der Gentechniklobby eingeknickt ist, statt sich schützend vor die Interessen der Verbraucher und Landwirte in Deutschland zu stellen. Dies lässt vermuten, dass die Kanzlerin auch bei den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen der EU mit den USA, wo es z.B. auch um den Schutz vor gentechnisch veränderten Lebensmitteln gehen wird, nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger verhandeln wird.“

Der Bund Naturschutz kündigt schon jetzt massive Protestaktionen vor Ort an, wenn der insektengiftige und herbizidresistente GVO- Mais in Bayern zum Anbau zugelassen werden sollte.

Kritiker weisen auf gravierende Mängel bei der Sicherheitsbewertung des 1507 Mais durch die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA hin, da grundlegende Daten, die für eine ausreichende Risikobewertung notwendig seien, in den Unterlagen der Antragsteller fehlten. Auch seien die Auflagen für das gesetzlich vorgeschriebene Monitoring ungenügend. Zudem bilde der 1507 Mais eine hohe Menge eines Insektengiftes (Bt-Toxin) im Pollen, das beispielsweise Nichtzielorganismen wie Schmetterlinge gefährde.

Für Rückfragen:

Marion Rupaner, BN Agrarreferentin, 0911 81878 – 20

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 11.2.2014

PM 010-2014/LFG

Gentechnik